

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Abon. ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. entfällt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenhöhe 50 Pfg., die Spaltenbreite 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederholung unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgebender Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Bollagengebühr: 10.— M., das Ausland, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 119

Donnerstag, den 8. Oktober 1931

33. Jahrg.

Die neue Notverordnung.

Der Kanzler vor dem Reichsrat. — Die parlamentarische Situation.

Man erwartet mit Spannung die angefündigte Kanzlerrede zum Gesamtkomplex der neuen Notverordnung, über deren Umfang man sich längere hier und da offenbar falsche Vorstellungen macht. Als besonders anspruchsvoll angefündigt äußerer Umfang wird mindestens zum Teil dadurch bedingt, daß sie eine beträchtliche Reihe von Änderungen alter Notverordnungen bringen wird. Ob es freilich dabei geblieben ist, daß sie angefündigt wurde, die neue Notverordnung rein budgetären Charakter tragen soll, wird man abwarten müssen.

Wenn man auch für den Zusammentritt des Reichsrats am 13. Oktober eine ausführliche Prognose des Reichskanzlers erwartet, so ist doch vor dem Reichsrat nicht nur der Inhalt, sondern auch die Notwendigkeit gegeben, im Zusammenhang mit den neuen Maßnahmen der Reichsregierung auch die Gründe zu erörtern, die zu ihnen geführt haben und die Ergebnisse, die man von ihnen erwartet.

Während also voraussichtlich den Reichsministern die Aufgabe zufallen wird, in der auf die hier folgende Erklärung des Reichskanzlers vor dem Reichsrat folgenden vertraulichen Aussprache und auch in den Aussprüchen des Reichsrats die sachlichen Einzelheiten der Notverordnung zu vertreten, wird die Kanzlerrede die großen politischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte behandeln, die die gegenwärtige Situation Deutschlands und der Welt kennzeichnen, und inwiefern kommt schon dieser Regierungsvorbereitung vor dem Reichsrat programmatische Bedeutung zu. Im Hinblick auf den näherstehenden Termin der ersten Reichstagsung wird die parlamentarische Lage des Kabinetts besonders erörtert.

Die Frage nach dem Verbleiben des Reichsaussenministers spielt ebenfalls eine gewisse Rolle, insofern, als sich der Kampf um die Persönlichkeiten des Herrn Dr. Curtius von der Seite der Auseinandersetzungen über den Senat verlohren hat nach der Seite der parlamentarischen Tragbarkeit seines Verbleibens. Auch hier dürfte dieses, wenn nicht alles auf den Reichstanzler selbst ankommen, doch ist zunächst das Ergebnis der Aussprache im Kabinettsabwärtigen, die erst am Dienstag weitergeführt werden soll.

Der Inhalt der Notverordnung.

Erhöhte Reichszuschüsse für die Gemeinden. — Arbeitslosenunterstützung in Sachleistungen. — Kürzung hoher Beiträge in der Privatwirtschaft.

Berlin, 6. Oktober.

Die neue Notverordnung, die am Mittwoch in Kraft treten soll, und an Umfang nicht hinter der Verordnung vom 1. Dezember 1930 zurückgehen dürfte, wird sich wesentlich mit folgenden Materien befassen:

Über die Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden wird bestimmt, die Reichszuschüsse von 60 Millionen, die nach der Notverordnung zum Summe aus der Lohnsteuererstattungsbeträgen gezahlt werden sollte, nur auf 150 Millionen erhöht.

hieron erhalten die städtischen Fürsorgeverbände drei Viertel, die ländlichen ein Viertel. Zur Unterstützung von Gemeinden in besonderen Fällen werden weitere 80 Millionen Reichsmark bereitgestellt, so daß, wie bereits bekannt, der Gesamtsatz des Reiches 200 Millionen erreichen wird.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung wird insofern eine einschneidende Veränderung getroffen, als der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenunterstützung anordnen kann, daß die Unterstützung bis zu einem Drittel in Sachleistungen gewährt werden darf. Die Kürzung der Unterstützungsdauer ist bereits durch Beschluß des Vorstandes der Reichsanstalt angeordnet worden. Wesentliche Einschränkungen werden an öffentlichen Ausgaben bestimmt. So dürfen bis zum 31. März 1932 Neubauten an Verwaltungsgebäuden für Zwecke der öffentlichen Verwaltung nicht in Angriff genommen werden. Ausnahmen sind nur in besonderen Fällen mit Zustimmung der Reichs- und der Landesregierung möglich.

Die Senkung der Hauszinssteuer

Die am 1. April 1932 in Kraft treten soll, dürfte 20 bis 25 Prozent herabsetzen. Sie soll nach dem vollen Satz der Besteuerung der niedrigeren Einkommen und der höheren Beträge erhoben werden. Durch die Ermäßigung soll der den Eigentümern zur Verzinsung aufkommener Hypotheken und des Eigenkapitals zu bewillende Beträge als abgepflegt gelten.

Ein umfangreicher Teil der Notverordnung wird sich mit den Vorschriften für die Siedlungswesen beschäftigen. Eine besondere Förderung sollen die landwirtschaftlichen Siedlungen, die vorläufige Siedlungen und

die Errichtung von Kleinstnisten für Erwerbslose erfahren. Die Mittel sollen durch Aufgründung von Krediten für die Länder ab 1932 von der Reichsregierung herbeizuführende Beträge aus dem Hauszinssteuererlösen an das Reich abführen und darüber hinaus Kreditmittel des Reiches flüssig gemacht werden. Zu einer schnelleren Durchführung der landwirtschaftlichen Siedlung soll in jedem einzelnen Lande ein Staatskommissar bestellt werden. Für die vorläufige Kleinstnisten soll ein bestimmter

Reichsarbeitsminister unterstehender Reichskommissar ernannt werden. Er hat dafür Sorge zu tragen, daß geeignete Siedlungsland, besonders durch öffentliche Körperschaften zur Verfügung gestellt wird. Entzerrung ist unter Umständen möglich sein. Das für die vorläufige Kleinstnisten benötigte Land soll in der Regel ohne erhebliche Verzinsungen erworben werden können. Kleinstnister, die als Pächter oder Erbbauberechtigter angefaßt werden, sollen die Möglichkeit erhalten, das Land als Eigentum zu erwerben. Zur hypothekarischen Belastung können Reichsbürgschaften übernommen werden.

Herabsetzung hoher Beiträge in der Privatwirtschaft.

Dienstverträge, die eine Vergütung vorsehen, die mit der Verdienst- oder Vermögenslage des Dienstberechtigten oder der allgemeinen Wirtschaftslage nicht mehr übereinstimmen können durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Dienstverpflichteten auf einen angemessenen geringeren Betrag abgemindert werden. Der Dienstverpflichtete kann gegen die Kürzung Klage erheben, an Schiedsgericht anrufen oder das Dienstverhältnis vorzeitig kündigen. Dies alles gilt nur für Dienstverhältnissen oder Pensionen und sonstige Bezüge, die jährlich 15 000 Reichsmark übersteigen.

Bereinfachung der Rechtspflege.

Weitere Bestimmungen bezuhen die Beschleunigung der Prozessführung. Revisionen in Strafverfahren können durch das Oberlandesgericht verworfen werden, wenn dieses bei einstimmiger für öffentlichlich unbedenklich erachtet. Auch für das Privatverfahren ist Vereinfachung und die Möglichkeit einer Entzerrung durch Beschluß vorgesehen. Die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Zivilverfahren wird allgemein auf 1000 Mark erhöht. Die Bestimmungen über die Revisionen der Armenrechtsverfahren aus Erparnisgründen weitgehende Veränderung. Die Gerichtsvolkshilfsgebühren werden erhöht.

Bezüglich der geplanten Sondergerichte bekräftigt die Notverordnung auf die Ermächtigung an die Reichsregierung, zur Aburteilung bestimmter strafbarer Handlungen in Bezirken, in denen ein Bedürfnis dafür hervortritt, Sondergerichte zu bilden.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, über die Zusammenlegung der Sondergerichte, ihre Zuständigkeit und das Verfahren Vorschriften zu erlassen.

Die Bekämpfung politischer Ausschreitungen wird durch eine Reihe neuer Bestimmungen verstärkt. Herstellung, Verbreitung oder Vorkäuflichkeit illegaler Schriften kann mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der vom Vorhandensein illegaler Schriften weiß und der Polizei keine Anzeige erstattet.

Ferner bringt die Verordnung eine Verschärfung der vielbekämpften Pressenotverordnung. Nach den neuen Bestimmungen kann eine periodische Zeitschrift, die unter Zuhilfenahme des Verlegers einen verbotenen Druckdruck als Erlös zur Abwendung der Folgen des Verbots angefaßt wird, verboten werden. Bestrafung mit Gefängnis und Geldstrafe wird angedroht, wenn jemand eine verbotene Druckchrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet. Auch eine Verbreitungsstelle für „gemeinschaftliche Mitteilungen“ enthält die Notverordnung.

Die Notverordnung sieht weiter vor die „Schließung von Sammelstellen für politische Zwecke“ und die „Schließung“, wenn dies für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich ist.

Reform des Sparkassenwesens.

Im letzten Teil der Notverordnung sind noch wichtige Maßnahmen für das Sparkassenwesen getroffen. Das Sparkassenwesen erfährt eine wesentliche Reform. Zunächst an Gemeindefürsorgeverbänden usw. dürfen 25 Prozent der gesamten Einlagen nicht übersteigen. Die Spar- und Girokassen haben 30 Prozent der Spareinlagen und 50 Prozent der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten anzulegen. Dabei sind mindestens 10 Prozent der Spareinlagen und 20 Prozent der anderen Einlagen als Liquidationsreserve bei der zuständigen Girozentrale anzulegen.

Solange die Liquidationsreserve nicht die vorgeschriebene Mindesthöhe erreicht hat, haben die Spar- und Girokassen mindestens 50 Prozent der jeweils verfügbaren Mittel der Liquidationsreserve zuzuführen. Höchstens 40 Prozent der Spareinlagen dürfen in Hypotheken angelegt werden. Kein Kreditnehmer der Sparkassen darf mehr als ein Prozent der Einlagen in nicht mehr als 20 000 Mark als Personalkredit erhalten. Die Deutsche Girozentrale hat bei ihr unterhaltenen Liquidationsreserven mindestens zu Hälfte als Guthaben bei der Reichsbank zu unterhalten oder durch diese anzulegen.

Umschuldung für die Gemeinden und Länder.

Ausführlich regelt die Notverordnung die seit längeren vorbereitete Umschuldung kurzfristiger Schulden von Ländern und Gemeinden. Die Umschuldung soll durch Ausgabe von Schuldverschreibungen und Befreiung von Tilgungszinsen oder durch eine Reihe von Maßnahmen vor sich gehen. Aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer sollen hier für in den nächsten vier Rechnungsjahren je 12 Prozent verwendet und einem Umschuldungsfonds für jedes Land zugeführt werden, über dessen Verwendung die Landesräte in Interesse einer möglichst gleichmäßigen Um-

schuldung bestimmen soll. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, gegenüber der die Umschuldungsschuldverschreibungen ausgebenden Stelle für die Verzinsung und Tilgung Garantien zu übernehmen; das Land haftet dann dem Reiche gegenüber zu einem Drittel des garantierten Betrags.

Ermächtigung für Kreditreifeherausgabe.

Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, Garantien auf dem Gebiete der Kreditreifeherausgabe und der Maßgabe zu übernehmen, daß das Reich daraus höchstens mit dreißig Millionen Reichsmark zuzüglich der von ihm vereinnahmten Rückverordnungsprämien in Anspruch genommen werden darf.

Weiter wird ermächtigt, zur Subvention der Mansfeld A. G. weitere drei Millionen bereitzustellen. Schließlich erhält er die Vollmacht, für allgemeine Finanzzwecke bis zu dreihundert Millionen im Wege des Kredits zu beschaffen.

Rücktritt des Reichskabinetts?

Curtius hat bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Berlin, 7. Oktober.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, hat am Sonnabend, den 3. Oktober, an den Reichstanzler folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Reichstanzler!

In der Unterredung, die wir am Tage nach meiner Rückkehr aus Genf hatten, habe ich Ihnen erklärt, daß ich ohne Rücksicht auf die parlamentarische Lage aus der Reichsregierung ausscheiden wollte. In unserer Unterredung blieb die Frage des Zeitpunktes und der Form offen.

Ich halte es nunmehr allein für erforderlich, über mein Ausscheiden alsbald Klarheit zu schaffen. Deshalb bitte ich Sie, bei dem Herrn Reichspräsidenten meine Entlassung zu beantragen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung,

Ihr sehr ergebener

Dr. Curtius.

Curtius beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, zum Vortrag. Im Hinblick auf den Vortrag machte Dr. Curtius dem Reichspräsidenten davon Mitteilung, daß er den Reichstanzler sein Abschiedsgesuch vorgelegt habe.

Die Umbildung der Regierung.

Alle bisher genannten Namen für die Neubildung einiger Ministerposten werden als Vorschläge bezeichnet, zu denen schon deshalb nicht Stellung genommen werden kann, weil sich der Reichstanzler persönlich die Entscheidungen vorbehalten.

Die Dinge werden sich nunmehr voraussichtlich so entwickeln, daß zunächst die Notverordnung veröffentlicht wird und daß sich dann der Reichstanzler zum Reichspräsidenten bezieht, um ihm die Gesamtdimension des Kabinetts zu überreichen. Danach wird dann der Reichspräsident die Bildung des Kabinetts beauftragt werden. Gesamtscheidlich und Neubesetzung betrifft, da die Veröffentlichung der von dem alten Kabinettsmitgliedern verantworteten Notverordnung für Mitbewerksmäßig vorgehen ist, kaum vor Donnerstag erfolgen.

Die Tatsache, daß entgegen der ursprünglichen Ansicht, am Dienstagvormittag keine öffentliche Reichsratsitzung, sondern nur eine vertrauliche Besprechung und Information mit den Mitgliedern des Reichsrats bzw. den Ministernpräsidenten und Vertretern der Länder in der Reichstanzleritzung stattfinden hat, ist verständlich mit der geplanten Umbildung des Reichskabinetts in Verbindung gebracht worden. Diese Auslegung dürfte jedoch fehlgehen. Vielmehr ist anzunehmen, daß die Ministerpräsidenten der Länder selbst Wert darauf gelegt haben, nicht in einer öffentlichen Reichsratsitzung sozialer vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden — zumal die Notverordnung auch einschneidende Maßnahmen bezüglich der Länder und Gemeinden enthält —, sondern Gelegenheit zu haben, mit der Reichsregierung die Notverordnung noch einmal durchzusprechen.

Die Aktion des Reichstanzlers soll der Gefahr einer neuen Krise vorbeugen. Man rechnet in der Reichstanzleritzung offenbar damit, daß neue Männer, die bisher von der Kritik nicht so stark belästigt sind, von der Brünning-Mehrheit des Reichstags freie Hand für ihre Arbeiten erhalten werden, ohne man zumittend oder absehbend zu ihnen Stellung nimmt. Der Zweck der Regierungsumbildung wird es also im wesentlichen sein, die bisherige Brünning-Mehrheit zum neuen Amtsort zu veranlassen. Dabei kommt es dem Reichstanzler darauf an, die Erfolge der jetzigen Regierungspolitik auch in dem zweiten Kabinettsministerium zu retten. Das gilt vor allem auf dem Gebiete der Außenpolitik. Die Demission des Außenministers Dr. Curtius ist der allgemeinen Kabinettsbildung vorrangig. Man kann aus diesem Anlaß darauf hinarbeiten, daß auch schon in der letzten Zeit der Reichstanzler selbst die große Linie der Außenpolitik bestimmte, und daß Dr. Curtius, der als Teilnahmenvollstrecker Streifen vom rund zwei Jahren sein Amt antrat, seine Hauptaufgabe in der Reorganisation des Auswärtigen Amtes lag. Diese Aufgabe hat Dr. Curtius so durchgeführt, daß die Kritik an der Reorganisation und der

Personalpolitik des Auswärtigen Amtes immer schwächer geworden ist. Er hat darüber hinaus die einleitenden Schritte zu einer Umleitung der deutschen Außenpolitik vornehmen können, wie sie sich in der Einleitung der deutsch-französischen Zusammenarbeit andeutete. Gerade auf diesen Gebiet hat aber der Reichstagler persönlich mitgeholfen die Führung gehabt und die in der Periode Curtius angebahnte Entwicklung wurde deshalb keine Unterbrechung erleben, wenn die Leitung der Außenpolitik nunmehr vom Kanzler selbst übernommen wird. Man darf die Gefahren dieser Entwicklung allerdings nicht verkennen. Es werden von verschiedenen Parteien sofort Versuche gemacht werden, die Aktion des Reichstagslers als einen Rückgang zu bezeichnen und auf diese Darstellung der Situation neue Forderungen aufzubauen. Der Reichstagler wird den Parteien zeigen müssen, daß die Energie seiner Geschäftsführung und seines Widerstandes gegen Parteimühsale nicht geändert ist, auch wenn er mit einem veränderten Kabinett vor den Reichstag tritt. Diese Aufrechterhaltung der bisherigen Regierungsgrundsätze wird die Voraussetzung für einen Erfolg der ganzen Aktion sein müssen. Gelingt es den Parteien, vor allem bei der gemäßigten Rechten, klarzumachen, daß weder die Autorität, noch die außenpolitischen Aussichten, noch die Entschlossenheit zu innerpolitischen Durchgreifen vermindert sind, so wird der Reichstagler, in allen Richtungen, das Parlament hinter sich bekommen, und für ein zweites Kabinett Gelegenheit erhalten, die angefangenen Arbeiten des ersten zu beenden.

Brüning vor dem Reichsrat.

Eine amtliche Mitteilung.

Berlin, 7. Oktober.

Unter dem Vorsitz des Reichstagslers fand in der Reichstagskammer eine Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrates statt, zu der die Ministerpräsidenten der einzelnen Länder, in der Mehrzahl erschienen waren. Der Reichstagsler erstattete zu Beginn der Sitzung einen eingehenden Bericht über die allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands, wobei er sich insbesondere mit den aus der Krise des englischen Pfundes zu erwartenden Rückwirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft und auf die deutsche Wirtschaft auseinandersetzte. Da sich diese Auswirkungen in vollem Umfange noch nicht übersehen ließen, so mußten sich die jetzigen Maßnahmen auf eine Vornahme von Eingriffen beschränken, welche die Behebung der dringenden Notstände, besonders in den Gemeinden ermöglichen.

Die auf diese Grundlagen beruhende Notverordnung würde den Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen zu bilden haben, die sich mit der Konsolidierung der Wirtschaft, der Ausbalanzierung der Produktionskosten und Lebenshaltungskosten zu befassen haben würden. Aber all diese sofort in Angriff zu nehmenden wirtschaftlichen Maßnahmen können kein Band, auch Deutschland nicht, für sich allein festes sein, nur eine internationale Zusammenarbeit, und zwar eine solche, die in kürzester Zeit in Angriff genommen werden müsse, könne eine Besserung in den einzelnen Ländern und in der gesamten Weltwirtschaft mit sich bringen.

Neuer Schritt Hoovers.

Für fünfjährige Flottenrüstkampfe.

Präsident Hoover soll nächste Woche eine wichtige Erklärung erlassen, die sich auf eine fünfjährige Rüstungspause für die Flotten beziehe. Es werde erwartet, daß die Erklärung auch die Frage der Besteuerung berühren und Maßnahmen enthalten werde, die zur Stabilisierung der Marktlage dienen sollen.

Die Tatsache, daß der Präsident mit dem Schatzsekretär Mellon die internationale Finanzlage und mit einem hervorragenden New Yorker Finanzmann die europäische Wirtschaftslage erörterte, läßt die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, daß er irgendeinen neuen Schritt erwäge.

Die Vorbereitungen in Washington.

Nicht als Nachrichten, die im Zusammenhang mit dem neuen Anlauf der internationalen Politik aus den Vereinigten Staaten kommen, sind unbedingt tragfähig. So ist zweifellos die Kombination, daß im Laufe des Spätherbstes oder des Winters der deutsche Reichstagler nach Washington fahren würde, von amerikanischen Seite ohne ernsthaften Überlegung der tatsächlichen Zusammenhänge in die Welt gesetzt worden, und es ist erfreulich, daß die zukünftige Stelle in Washington der Verbreitung solcher Gerüchte mit dem Hinweis entgegentritt, daß der verantwortliche Leiter der deutschen Politik unter den gegenwärtigen Verhältnissen un-

möglich für mehrere Wochen von dem Sitz der Reichsregierung abwesend sein kann.

Auch ein anderes Gerücht aus amerikanischer Quelle muß mit größter Zurückhaltung zur Kenntnis genommen werden, nämlich die Ankündigung, daß in den Verhandlungen zwischen Hoover und Engel die Frage des polnischen Korridors eine Rolle spielen werde. Daß die Angelegenheit aus beiden Seiten vorhandenen Belieben, eine Entspannung der geopolitischen Lage herbeizuführen, in der Erörterung aufzuheben wird, ist wohl anzunehmen. Daß aber Präsident Hoover dem französischen Ministerpräsidenten nähere Vorschläge über eine Liquidierung der Korridorfrage machen würde, erscheint zweifelhaft nicht nur aus der Kenntnis der Tatsache, daß die amerikanische Politik sich sorgfältig bemüht, ihre Hände aus europäischen Angelegenheiten zu halten, sondern auch deshalb, weil man selbst in Amerika inzwischen gelernt haben dürfte, daß diese von dem Präsidenten Wilson aus Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse geschaffene Frage für Deutschland keine Angelegenheit ist, die zum Gegenstand eines Geschäfts oder eines Kompromisses gemacht werden könnte, sondern daß es sich hier um eines der ernstesten Probleme europäischer Politik handelt, mit dem man die Washingtoner Aussprache kaum wird befehlen wollen.

Von diesen zweifelhaften Informationen abgesehen, zeigen aber alle Nachrichten aus Washington, daß man dort mit großem Ernst bemüht ist, den Fortgang der internationalen Zusammenarbeit zu fördern und zu vertiefen, und insofern kann man der Reise des französischen Ministerpräsidenten mit gewissen hoffnungsvollen Erwartungen entgegensehen.

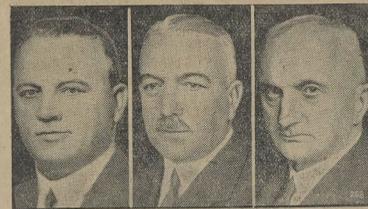
„Keine inflationistischen Experimente.“

Mitgliederversammlung des Deutschen Einzelhandels.

Berlin, 7. Oktober.

Die Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels wurde vom Vorsitzenden Heinrich Grünfeld eröffnet, der die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden sowie der Spitzenverbände der Wirtschaft begrüßte. Im Namen der Reichsregierung begrüßte Staatssekretär Dr. Trendelenburg, der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums, die Versammlung.

Die diesjährige Tagung falle in eine Zeit stärkster wirtschaftlicher Erschütterung. Die Senkung des englischen Preisniveaus als Folge der Abkehr des Pfundes vom Goldstandard stelle auch Deutschland über alle vorher bestehenden Schwierigkeiten hinaus vor neue und schwere Aufgaben. Der einzige Weg der Gebührenterung, den auch andere Länder inzwischen gegangen sind, komme für Deutschland nicht in Betracht. Die Sphären der durchlebten Inflation sollten jedermann in Deutschland abhalten, mit dem Gedanken an inflationistische Experimente auch nur zu spielen.



Zur Umbildung des Kabinetts.

In diesen Tagen wird das Reichskabinett einer durchgreifenden Umbildung unterzogen werden. Die Bilder der oberen Reihe zeigen v. l. n. r.: Reichsaußenminister Dr. Curtius, Reichsinnenminister Dr. Wirth, Treuhand-, Reichsvertehrungsminister von Guericke, Unter Reichsleiter Geheimrat Schmidt, Vorkämpfer von Neutralität, Staatssekretär Joel.

Der Redner verwies in diesem Zusammenhang auf die einseitigen Erklärungen des Reichstagslers und des Reichsbankpräsidenten.

Der Geschäftsbericht erstattete Johann das Geschäftsführende Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft, Dr. Ebner.

Nach den Reden wurden Entschlüsse angenommen, deren erste folgende lautet:

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erklärt, daß die von der Regierung beabsichtigte 20prozentige Senkung der Hauszinssteuer nicht als genügend angesehen werden kann. Die Hauptgemeinschaft hält es für unbedingt erforderlich, daß die Regierung eine Möglichkeit für einen Schnellen weiteren, auch die Mieter berücksichtigenden, im Einzelnen besprochenen vollständigen Abbau der Hauszinssteuer schafft.

Die Vereinigten Steuerauschnisse der Hauptgemeinschaft lehnen jegliche Steuererhöhung, also auch eine Erhöhung der Umsatzsteuer, grundsätzlich ab.

MacDonald beim König.

Neuwahlen in England beabsichtigt.

London, 7. Oktober.

Das englische Kabinett hat die sofortige Auflösung des Parlaments sowie die Ausarbeitung von Neuwahlen beschlossen. Die liberalen Minister hielten anlässlich einer Sonderberatung ab. Sie beschloßen, im Kabinett zu verbleiben.

MacDonald begab sich zum König und schlug ihm die Auflösung des Parlaments vor. Die Besprechung dauerte etwas über eine halbe Stunde.

Wie verlautet, unterbreitete MacDonald dem König ein Programm für die Vertagung und die Auflösung des Parlaments und beriet mit dem König über den Zeitpunkt für die Neuwahlen und die Eröffnung des neuen Parlaments. Der König wird zwei Sitzungen des Privy Council abhalten, um diese Fragen zu erörtern. Man glaubt, daß der Vorfall, das Parlament aufzulösen, angenommen werden wird. Bei der Vertagung wird eine kurze Botschaft des Königs verlesen werden.

Der Wahlen wird sich aber parteipolitisch umfrittenern Fragen, wie z. B. dem Hinweis auf Schulzölle, enthalten und lediglich in allgemeinen Ausführungen das englische Volk ermahnen, die Nationalregierung unter Führung von MacDonald zu ermächtigen, alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwierigkeiten und zum Wiedereinbau der englischen Wirtschaft und Finanzen zu treffen.

Die vom Kabinett gefundene Lösung ist eine Kompromisslösung, die die innerhalb des Kabinetts bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht verhillen kann. Dieser Ausweg wurde aber wegen der Haltung Lloyd Georges notwendig, der grundsätzlich gegen Neuwahlen ist, obwohl er gegen einen Notstandsministerium Einwürfe erheben würde.

Die Spaltung der Liberalen.

Sir John Simon hat offiziell seine neue liberale Partei gegründet. Er berief eine Versammlung seiner Anhänger ein, zu der 22 liberale Abgeordnete erschienen waren.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es, daß die Neugründung dieser Gruppe zur Unterfütterung MacDonalds als Leiter der Nationalregierung und für die Zwecke der Wahlen erfolgt sei.

Tagung der nationalen Opposition.

Ausdehnung in Bad Harzburg.

Bad Harzburg, 7. Oktober.

Am kommenden Sonntag findet in Bad Harzburg eine Tagung von Vertretern der deutschen nationalen und nationalsozialistischen Reichstagsfraktionen und der Fraktionen des Reichstages Landtags statt, auf der auch der Stahlhelm hervortretend vertreten sein wird.

Ferner werden diejenigen Abgeordneten der Landvolkspartei teilnehmen, die auf dem Boden der nationalen Opposition stehen. Außerdem sollen die maßgeblichen Wirtschaftsverbände stark vertreten sein. Man erwartet Hugenberg und vielleicht Adolf Hitler, vom Stahlhelm Seidte und Duesterberg, außerdem den früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Die Zusammenkunft vor der Reichstagsagung soll die Einheitsfront des politischen Willens der nationalen Opposition betonen.

Ihre stolze Jugend, ihre herbe Reimheit wandte ich von dem Manne, der also an ihr gefesselt, der sie hatte glauben lassen, er stehe auf der Höhe, und der doch tief unten im Tal der Trivialität wandelte, als die Türen lockten ihm verschlossen bleiben, er sollte vergebens daran pochen.

Aber das Herz, das keine teufelische Herz, redete eine andere Sprache, und nichts vermochte seine Stimme zu überdauern und erstickten.

Sie rang die Hände in flimmer Qual — umhüllt Das Herz hatte mächtige Bundesgenossen. Es waren die Erneuerungen aus der Schweiz, die vor ihrer Seele lebendig wurden, die ihr jedes Wort, jeden Blick und jeden Hauchdruck von ihm vorfühlten. — War sie nach allem, was sie von ihm gesehen und erfahren hatte, berechtigt, die Frage über ihn zu brechen? Hatte er nicht die herrlichen Proben von Charakterstärke und Selbsteingabe abgelegt? — Und sie wollte ihn verdammen in ihrem Parteilichschmerz, — Welches Verdienst hatte sie dabei, daß sie rein und tugendhaft geliebt wurde, daß sie Abwehr hatte vor dem Unreinen? — Gott allein, der solche Gefühle in ihre Brust gepflanzt, der sie vor Verleumdungen bewahrt hatte, gebührte dementsprechend die Mutter früh gestorben, vernachlässigt von Jugend an von Vater und Geschwistern — umgeben von schädlichen Einwirkungen und Verleumdungen, und dabei jung und heilighilbig. — Er war trotzdem kein Verlorener, nur ein Fragegegangener, der sich befinden und den rechten Weg wiederfinden mußte. Daß sie ihm dabei helfen, daß sie ihm die Hand bis jenseits der Alpen reichen und ihm zurufen könnten: Komm zurück — ich reite — dieses Seele!

Welche Wandlung! Sie, die einst mit starker Hand bereits geknüpfte Bande zerreißen konnte, weil sie in ihrer herben Reimheit vor dem Niedrigen, das sie nur geahnt, zurückgegriffen war — sie fand für den Mann, dessen Vergehen sie konnte, hundert und aberhundert Entschuldigungsgründe, sie hatte den Glauben an ihn nicht verloren. Für dieses Unwahre in ihrer Seele fand sie keine Erklärung und neigte unter der Erkenntnis doch demütig das Haupt.

(Fortsetzung folgt.)



63. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Erst als die Entree hinter ihr ins Schloß gefallen war und sie nun endlich auf der Treppe stand, atmete sie wie erlöst auf. Gleich darauf freilich übermülligte sie das andere. Die hohe Anspannung ihrer Nerven ließ nach, vor ihren Augen tanzten dunkle Flecken und wackelnd griff sie nach dem Treppengeländer. So stand sie einige Minuten — ein schwaches, verzagendes, bitter enttäuschtes Weib. Aber die Kraft ihres Willens überwand auch diese Schwächeheit. Sie raffte sich empor und verließ das Haus, das sie so kurzweiliges Offenbar hatte. Gewandenes nach Hause zu gehen, vermochte sie noch nicht. Erst mußte sie die Schritte und Gemäulen in sich zur Ruhe bringen, erst klar mit sich selbst werden, ehe sie der Mutter die Kunde brachte. So rannte sie plans- und ziellos im Fliegertag umher und bemühte sich vergebens, das lächerlich Unfassbare zu fassen.

Daß Bardini als Liebhaber eines anderen Mädchens es gewagt hatte, ihr seine Liebe zu zeigen, das schmerzte sie tiefer, das demütigte und entwürdigte sie vor sich selbst. Die Hoffnung, daß ein Irrtum obwaltete, fürchte sie, daß es ein anderer und nicht der Bardini war, dem sie ihr Herz geschenkt hatte, mußte sie nach kurzer Überlegung vergebens. Alles sprach für die Wahrheit: der berufliche Künstler, der in der Welt herumzweifele — seine Vaterstadt Meiland — seine Reise dorthin durch die Schweiz — die Brandis Carlotta als erwähnte — seine plötzliche Abreise — sein Schweigen.

Und wenn dies alles Täuschung sein konnte — eins erstickte legisches Zweifel. Das war die Erinnerung an ihr erstes Begegnen im Fliegertag, als Frau Arnold ihn ihr gezeigt hatte, wie er, den Kellneroffizier in der Sand, bereit war, in die elektrische Bahn zu steigen. Sie hatte ihn damals nicht deutlich genug gesehen, um ihn beim ersten

Mal auf dem Dampfer des Viermalstüder Sees wiederzuerkennen, aber er war ihr bekannt vorgekommen. — Hat sie über dieses Faktum damals auch ahnungslos hinweggegangen, so wurde es ihr jetzt zum schlagenden Beweise. Ein Irrtum blieb ausgeschlossen, er war es, und wenn sich auch alles in ihr — in diesen Gedanken aufleuchtete.

Ihre stolze Seele wand sich darunter — aber sie wollte nicht zugrunde gehen, ebensowenig wie sie an der ersten Enttäuschung zugrunde gegangen war. Nur ob ihr Glaube, ihre Ideale je wieder in ihr Herz zurückkehren, ob die Wärme je wieder heilen würde, wußte sie nicht. Das konnte nur die Zeit entscheiden.

Nach Stundenlangem Umherirren fehlte sie endlich heim. Frau Renatus hatte sich bereits über ihr langes Ausbleiben beunruhigt. Als sie aber jetzt in das geisterhaft blaue Gesicht der Tochter sah, lächelte sie erschrocken auf. — Sie legte den Arm um ihren Hals und barg den Kopf an ihrer Schulter.

„Mutter — wir bleiben wieder allein — kein Dritter wird sich je wieder zwischen dich und mich stellen.“

„Ja — am Himmelswillen, was ist geschehen?“

Da berichtete sie mit unaufrichtiger Ruhe, was sie von Frau Arnold vernommen hatte. Viele Ruhe beängstigte die ob des Gehörten ganz verlorde Mutter.

„Ja — wenn du nur Tränen hättest!“ jammerte sie wieder gebrochen, als jeder Verlust, sie an einen Irrtum glauben zu machen, erfolglos geliebten war.

„Ja schüttelte traurig den Kopf. — „Es gibt Leiden, für die wir keine Tränen haben. Mutter. Tränen füllen sich hinweg — dieses aber bleibt. — Mein Verul wird mich vielleicht allmählich darüber hinwegführen. — Warum bin ich nur so jugendlich tödlich — warum glaubte ich noch einmal —!“

„Ja!“

„Fürchte nichts — es muß ausgefallen werden und verlaß dich darauf — ich überwinde!“

„Es muß ausgefallen werden.“ hatte sie dorthin der Mutter gesagt, und sie verachtete es jetzt. Es war ein heißer, blutiger Kampf, der in ihr tobte, und der Sieg war ungewiß und fern.

Rücktritt des Kabinetts Dr. Brüning.

Berlin, 7. Okt. Reichsminister Dr. Brüning hat heute vormittag dem Reichspräsidenten den Rücktritt der gesamten Reichsregierung erklärt.

Der belgische Franktireurkrieg.

Von Oberarchivar Dr. Osqwald.
Von belgischer Seite wird die Behauptung deutscher Grenztruppen nach wie vor propagiert, ohne Rücksicht auf die sehr weit fortgeschrittenen Untersuchungen jener Vorgänge, die von den Belgischdeutschen gegen die deutschen Soldaten kaum etwas übrig läßt, dagegen die Anklagen gegen Belgien wegen der Führung einer Art von Franktireurkrieg weiter vertieft. Für die Klärung dieser Frage, die in beiderseitiger Weise auf den deutsch-belgischen Beziehungen ruht, ist die kritische Untersuchung wertvoll, die der Oberarchivar im Reichsarchiv Dr. Osqwald, gestützt auf einwandfreies Material im GdS-Verlag veröffentlicht und in deren Schlüsselwort er zu folgender Zusammenfassung kommt:

Die von belgischer Seite bis in die jüngste Zeit hinein festgehaltene Hauptthese, daß die deutschen Truppen mit dem Gedanken an Franktireure belastet in den Krieg gezogen waren und unter dieser Voraussetzung die ihnen zugewiesenen Grenztruppen beugangen hätten, hat einer kritischen Untersuchung nicht standhalten können. Im Gegenteil: es hat sich herausgestellt, daß der Gedanke, Franktireurtruppen zu bilden, in Belgien selbst, und zwar schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten, bestanden hat und in Aufrechterhaltung geblieben ist, und daß die erste Nachricht über einen Zusammenstoß zwischen deutschen Truppen und belgischen Zivilisten von der Grenzagentur in Brüssel am ersten Kampftage, dem 4. August 1914, verbreitet worden ist. Gerichte darüber waren in Belgien bereits vom 2. August an im Umlauf, also noch ehe überhaupt der Einmarsch der deutschen Truppen erfolgt war. Die belgische Presse aus den ersten Augtaggen hebt die ruhige und korrekte Haltung der einrückenden deutschen Truppen hervor, die sich den in ihnen gegenüber vorgehenden entgegenkommend zeigten und erst dann, wenn sie von diesen angegriffen wurden, sühnungslos gegen sie vorgingen.

Auch die Behauptung, daß die deutschen Soldaten durch die Grenzberichte in der deutschen Presse erregt und dadurch zu den ihnen vorgeordneten Taten veranlaßt worden seien, hat sich in dieser Verallgemeinerung nicht als stichhaltig erwiesen.

Die Verwendung von Zivilkleidung durch belgische und französische Soldaten, wodurch ein Wechsel als Soldat oder Zivilist je nach Bedarf herbeigeführt werden konnte, mußte zu verhängnisvollen Verwirrungen führen, wobei fernerlich auch Unklarheiten von den unterrichtlichen Streitgeschäften mitgeriffen sein mögen. Völlerrückswürdige Begriffe ebenso wie Minderungen durch belgische Zivilisten und belgische Militärpersonen konnten mit belgischen Zeugnissen belegt werden.

Es wird niemand in Deutschland geben, der bestreiten wird, daß während des Krieges Unregelmäßigkeiten und Dinge gefahren sind, die sich nach den völkerrechtlichen Grundsätzen nicht rechtfertigen lassen. Die Unregelmäßigkeiten in diesem großen Bereich werden jedoch nicht als Unregelmäßigkeiten angesehen, sondern als Minder- und Mindererfahrungen, die Frage ist, ob ein ganzes Volk als Minder- und Mindererfahrungen hingestellt wird, wie es die belgische Propaganda mit dem deutschen Volke bis auf den heutigen Tag tut, oder ob der ernste Versuch gemacht werden soll, die wirkliche Wahrheit zu erkennen. Es wird niemand in Deutschland geben, der aus der Tatsache, daß ein Teil der Bevölkerung von Dinnant, wie die belgische Staatsanwaltschaft selbst mitteilen, geküßelt und gefoltert hat, folgern wird, daß das ganze belgische Volk nur ein Volk von Minderern und Dieben sei. Auch hier ist der Einzelfall erklärbar, wenn auch nicht entschuldbar. Auf belgischer Seite sehen wir aber, daß ein solcher notwendiger Unterchied zwischen einzelnen Vorkommnissen und einer ungeheuerlichen Verallgemeinerung der Anschuldigung gegen ein ganzes Volk nicht gemacht wird. Deshalb müssen wir immer von neuem die Forderung nach einer neutralen Nachprüfung der von beiden Seiten zusammengetragenen Tatsachen erheben.

Wenn es dazu kommen wird, nicht nicht fest. Anzeichen besteht aber die Gefahr, daß die Verfassungskommission, der sich in jüngerer Zeit auch in Belgien hervorgegibt hat, nicht recht zur Entfaltung kommt, da die Darstellungen der Propagandaliteratur wieder von neuem verbreitet werden, ohne daß sie einer kritischen Prüfung unterzogen würden.

Auch die deutsche Öffentlichkeit kennt noch nicht das ganze Material, das auf deutscher Seite vorhanden ist, da die bisherige Veröffentlichung im Deutschen Reichsarchiv und im Reichsarchiv nur einen Teil desselben wiedergeben und überdies schwer zugänglich sind, weiteres Material in der sehr umfangreichen Literatur verstreut ist und umfangreiche Bestände überhaupt noch nicht aus der Tiefe der Aktenbündel an das Licht der Öffentlichkeit gehoben worden sind. Noch weniger ist die belgische Öffentlichkeit über das vorhandene deutsche Material unterrichtet. Es ist deshalb notwendig, daß die Akten geöffnet und befreit werden.

Zur weiteren Klärung der ganzen Frage um damit zur Befriedigung der zwischen Deutschland und Belgien noch bestehenden Unklarheiten kann auch die belgische Regierung in wesentlichen Maße beitragen, selbst wenn sie glaubt, sich von der deutschen Regierung ausgebrochenen Wünsche nach einer neutralen Untersuchung vorzuziehen, noch nicht davon in Betracht kommende Material veröffentlicht und damit der objektiven Forschung zugänglich macht.

Frankreich und der Bau des Donau-Weißkanals.
Dem Ministerpräsidenten Grafen Julius Raab ist von französischen Unternehmern ein Angebot für den Bau und die Finanzierung des Donau-Weißkanals unterbreitet worden. Nach dem Projekt soll der Kanal zwischen Budapest und Szolnok gezogen werden. Im Falle der Verwirklichung des Planes werden Schntausende von Arbeitern Beschäftigung erhalten.

Entsendung eines japanischen Kreuzers nach Schanghai.
Angeht die japanischen Stimmung in China hat die japanische Regierung nimmere Vorbereitungen für die angelegte Entsendung eines Kreuzers nach Schanghai getroffen. Der Kreuzer Tokino wird gegenwärtig zu diesem Zweck herbeigeführt. In japanischen Kreisen wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die angestrebten japanischen Streitkräfte in Schanghai geringer seien, als die anderer Mächte.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 7. Oktober 1931.

— Was man nicht mit der Post senden soll. Vor einigen Tagen geriet in einem Bahnhofsraum der Strecke Leipzig-Berlin plötzlich bei der Verladung eines Postbeutels ein Mädchen in Brand. Dabei wurde ein Postkaffee nicht unerheblich verlegt und fast der gesamte Inhalt des Postbeutels in Mitleidenschaft gezogen. Der Umstich des mitgeführten Postpersonals gelang es, weiteren Schaden zu verhüten. Das Mädchen, das von einer Fabrik praktischer Neuheiten“ ausgeliefert worden war, enthielt außer umfangreichem Inhalt eine Schachtel mit Nüssen zu logenartigen Dauerjähren, die leicht brennen und sich zweifelslos beim Verfall zeigen, wie unvorsichtig und leichtsinnig jemand handelt, der leicht brennbare oder gar explosive Stoffe zum Postverland bringt. Er gefährdet nicht nur fremde Personen und fremde Sachen, er begründet nicht nur Regressansprüche gegen sich selbst, sondern er riskiert unter Umständen auch die sehr empfindlichen Straßen, die bei Transportgefährdung und Verfüßen gegen das Sprengstoffgesetz vorgehen sind.

Bietaf, 3. Okt. Raft tritt der Tod den Menschen an. Die Bitterkeit dieses Wortes bewahrheitet sich immer wieder. Gutsherrin Gwin Raft begab sich frühmorgens mit seinem Dienstmädchen zum Futterboden nach seinem vor dem Dorfe gelegenen Meader. Bald wurde Raft von einem heftigen Unwohlsein befallen, erreichte aber noch allein sein Haus. Da das Unwohlsein nicht wich, legte er sich zu Bett, und niemand, am wenigsten er selbst, ahnte, daß ihn in den Abendstunden der unerwartete Tod heimsuchen würde, der veranlaßt durch Gehirnblutungen eingetreten ist. Der Verlebte, seit einigen Jahren in zweiter Ehe glücklich verheiratet, hinterläßt Frau und fünf Kinder, die zum Teil noch nicht schulpflichtig sind.

Sadowitz, 3. Okt. Dem Koffanten Richard Thiele und seiner Ehefrau Anna geb. Springer in Sadowitz wurde am 30. September das zwölfte Kind geboren. Von den 6 Knaben und den 6 Mädchen sind noch 5 Knaben und 3 Mädchen am Leben. In unserer Zeit der Verachtung des Kindes“ ist ein solcher Fall gewiß erwähnenswerter.

Kroftitz, 5. Okt. (Es regnet Nönnen.) Von einem Anhängen eines Luftstrahlens fliegen in voller Fahrt einige Kisten auf das Straßensplaf. Die erste ist gerade in unserem Orte herab und zerplatzt. Der Inhalt Sultaninen — wurde auf die Straße zerstreut. Dem Beobachter bot sich nun ein lustiges Bild: jung und alt eilte in schnellem Tempo herbei, um die süße Beute einzuhoheln. Einige hatten sich gleich mit Handgegnen bewaffnet. Im Prötitz rollten noch zwei Kisten deselben Inhalts herab und wurden auch dort mit Freunden aufgenommen. Der abnungslose Jäger des Luftzugs wird unangenehm überrascht gewesen sein, als er in Leipzig das Fehlen der drei Kisten bemerkt hat.

Seyba, 3. Okt. (Das Bombentatent.) Friedlich schlummert nachts ein hiesiger Einwohner mit seiner Familie in der Befahrung. Da klopft es. Immer lauter klopft es. Der Hausherr tritt aus Fenster und sieht etwas rot leuchtend auf der Straße. Und von dem Rotleuchtenden zieht sich eine Schwärze hinter zur Haustür, und an der Haustür selbst liegt ein unheimliches dunkles Etwas. Da, ein Bombentatent! Im Nu jagt er die ganze Familie aus den Zehnern, bringt sie durch die Hintertür zum Nachbar, und dann geht's auseinander zum nächsten Fernsprecher, um den Landjäger zu alarmieren. Der unterzogene Beamte eilt schnell an den Ort des Verbrechens und findet auf der Straße — einen ausgehohlenen Kirschen. Ein harmloses Vögelchen brennt darin. Vom Kirschen lief zur Haustür ein starker Windfaden, und daran hing ein Stein. Jetzt lücht man nach den Verübten dieses Mils, der einem wackeren Staatsbürger so panischen Schreck einjagte.

Söhnfeld. Die Handgrante in Rinderhand. Auf der Dorfstraße in der Nähe einer Scheune fanden Kinder eine Handgrante. Ein Knabe nahm sie an die Wand. Obwohl sie dadurch schon geküßelt hatte und rauchte, nahm sie der Knabe wieder auf, um sie nochmals gegen die Wand zu werfen. Sie explodierte ihm aber in der Hand, die ihm zertrümmert wurde. Ein zweiter Knabe erhielt erhebliche Verletzungen am Kopf, denen er alsbald erlag. Vier weitere Kinder wurden leichter verletzt. Die Ermittlungen nach dem Ursprung der Handgrante und dahin, wie sie an die bezeichnete Stelle gekommen ist, sind ohne Erfolg geblieben.

halle. Tod in der Saale. — Am „Felsenburger Keller“ wurde die Leiche eines etwa 19jährigen jungen Mädchens aus der Saale gefischt. Weitere Feststellungen fehlen noch.

Kohlen für Wohlfahrtsempfänger.
Magdeburg. Entgegen dem ursprünglichen Beschluß des Wohlfahrtsausschusses, den Unterbringungsempfängern des Wohlfahrtsamts in diesem Winter an Stelle von Kohlen den Gegenwert in bar auszugeben, ist nun doch beschlossene Sache zu verabschieden. Da die Verhandlungen mit den Kohlenhändlervereinigungen zu einem besonders günstigen Ergebnis geführt haben, können an die Unterbringungsempfänger je zehn Berliner Kohlen unentgeltlich abgegeben werden. Etwa 150 Kohlenbündel sind an der Belieferung beteiligt.

Die Fortbewerger des Handwerks.
Magdeburg. Die Handwerkskammer des Bezirks Magdeburg trat in Verringerung zu ihrer 78. Vollversammlung zusammen. Kammerpräsident Magdamer forderte zur Kreditregelung für den gewerblichen Mittelstand schnelle Ergründung eines entsprechenden Zentralinstituts. Nach dem Geschäftsbericht ist im Handwerk ein großer Rückgang zu verzeichnen. Die Zahl der Betriebe ging um 210, die der Stellen um 8400 und die der Verhlinger um 2100 zurück. Die Vollversammlung hielt sich in einer Entscheidung einmütig für die gemeinsame Erhaltung der Wirtschaftsverhältnisse und fordert von der Reichsregierung entschlossenes Handeln, um die wirtschaftliche und kulturelle Zukunft Deutschlands sicherzustellen und den drohenden Zusammenbruch in allerletzter Stunde abzuwenden. Im übrigen forderte die Versammlung Erlaß eines Zugabebots durch die Reichsregierung, um die durch Zugabebots ungewünschten Warenverwertung zu steuern.

Bevorstehende Stilleung der Mansfelder Gruben

Eisleben. Die Mansfeld AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb gibt in einer Erklärung bekannt, daß die vorbereitenden Maßnahmen für die Stillelegung ihrer Betriebe in Angriff genommen seien. Die begonnenen Neubauten müßten sofort eingeleitet werden. Wegen der fortwährenden großen Verluste sei beim Demobilisationskommissar in Merseburg eine Aufzählung der vierwöchigen Stilllegungsfrist beantragt worden.

Das Kupfer- und Messingwerk in Hettstedt soll weitergeführt werden.

Wödenklich zwei Feiertagen. Der Standpunkt der Arbeiterkassell.

Eisleben. Die Mansfeld AG. gab durch Aushang an ihren Betrieben bekannt, daß sie sich mit Rücksicht auf die ihr zur Verfügung stehenden beschränkten Mittel genötigt führe, eine zweite Feiertagsfrist in der Woche einzulegen.

Eine in Hettbra abgehaltene Versammlung von 300 Arbeiterfunktionären der Mansfeld AG. nahm zu der durch das Scheitern der Subventionenverhandlungen geschaffenen Lage Stellung. In einer einstimmig angenommenen Entschlußfassung wird festgestellt, daß, obwohl die Gewerkschaften ihre Kampfkraft zu ihrem Besten machen, die bis unter die Grenze des Erträglichem gingen, die Gegenseite ein Entgegenkommen abgelehnt habe. Die Gewerkschaften weisen erneut darauf hin, daß die Stillelegung der Betriebe, die die Mansfeld AG. für Mitte Oktober d. J. an gekündigt hat, die schwersten Erschütterungen für das Mansfelder Land nach sich ziehen muß. In letzter Stunde rügte die Konferenz an die maßgebenden Stellen das dringende Ergehen, die verhältnismäßig geringfügige Differenzsumme noch zu übernehmen, um den Arbeitern die Arbeitsplätze zu erhalten.

Demonstrationsaufmärschen in Eisleben.
Eisleben. Vom „Kampfbund gegen den Faschismus“ war am Sonntag ein Umzug in Eisleben geplant worden, der ursprünglich genehmigt, dann aber vom Regierungspräsidenten verboten wurde. Trotzdem hatten sich die Teilnehmer, etwa 120 bis 150 an der Zahl, auf dem Marktplatz formiert. Als vier Polizeibeamte dem Zug entgegentraten, um ihn aufzulösen, wurden sie von den Demonstranten tätlich angegriffen, und die Kommunisten gaben unter Verletzung ihrer Kampfkraft zu ihrem Verfallungsstol. Aufgrund des Vorgefallenen wurde jedoch auch die Versammlung verboten, und da man dem Verbot nicht Folge leistete, wurde sie von der inzwischen aus Halle eingetroffenen Polizeiverfärkung aufgelöst. Fünf der Hauptbeteiligten wurden festgenommen. Gegen sie dürfte ein Strafverfahren wegen Landfriedensbruchs bzw. Widerstandes anhängig gemacht werden.

Führungsvergütung des Stahlhelm verboten.
Die Führungsvergütung des Stahlhelm, Landesverband Mitteldeutschland, in Eisleben wird, wie uns das Bureau des Stahlhelm mitteilt, vom 11. Oktober auf den 1. November verlegt.

Zustellungseinstellung der Dresdener Volksbank.
Dresden. Die 1891 gegründete Volksbank zu Dresden a. G. m. b. H. mußte gestern wegen Zahlungsunfähigkeit ihre Schalter schließen. Diese Maßnahme hat sich wegen der starken Abhebungen als notwendig erwiesen. Die Bank hat ein Moratorium für alle Zahlungen vorgeschlagen.

Beihilfungsfahrt des Landtagsauschusses.
Dresden. Der Haushaltsausschuß B des Sächsischen Landtags unternimmt am Donnerstag eine Beihilfungsreise zur Unternehmung der Bergschäden in Dönnitz (Erzg.) und Zinnitz a. D. Das Besahren einer Grube wird später an einem noch zu bestimmenden Tage stattfinden.

Die Berufsausbildung gebührend.
Dresden. Der Landesverband Sachsen der Bekehrten an beruflichen Schulen (Berufs-, Gewerbe- und Fachschulen) E. V. hielt in Dresden eine öffentliche Versammlung ab. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: die Novoreform der Sächsischen Regierung vom 12. September siehe in spästem Widerspruch zu der Auffassung der in Dresden verammelten, an beruflichen Schulen interessierten Kreise der Wirtschaft, Verwaltung, Lehrent- und Elternschaft, die verlangen, daß die Berufsausbildung besonders schwieriger Lage der beruflichen Schulen während der Jahre des Schließungsganges berücksichtigen müsse, damit dauernde Beschäftigung dieser Ausbildungsstätten der werktätigen Jugend an jeden Fall vermieden werden.

Der Theatertal wird weiter abgebaut.
Dresden. Die ernste Finanzlage macht neuerliche Einsparungen am Etat der Staatstheater notwendig. Neben einer starken Drohung aller fälligen Ausgaben sind einschneidende, zum Teil weit über die Kürzung der Beamtenehälter hinausgehende Abstriche an den Bezügen der Soffisten und künstlerischen Vorstände, der Kapellmitglieder, des Chors, Balletts und des technischen Personals vorgelesen. Es besteht begründete Hoffnung, daß es gelingen wird, die Staatstheater ohne Einbuße der künstlerischen Leistungsfähigkeit über die gegenwärtige Krise hinwegzuführen.

Schipzig. Demontierte Gerichte. — Auf Grund zahlreicher Anfragen und im Hinblick auf umfassende Gerichte stellt der Rat der Stadt ausdrücklich fest, daß keinerlei Pläne vorliegen, das Sozialpädagogische Frauenkenninar und die Mag. Ringer Schule aufzulösen.

Seigende Arbeitslosigkeit.
Chemnitz. Der letzte Sommermonat brachte anstatt einer Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten wieder einen sehr erheblichen Arbeitsausfall. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist nahezu um 3000 auf rund 60.000 gegenüber dem Monat August gestiegen. Der Kurzarbeit unterliegen nahezu 19.000 Arbeitsnehmer. Über ein Drittel der Arbeitsuchenden entfallen wieder auf die Metallindustrie. Die Textilindustrie zeigte von April bis Anfang September einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Jetzt steigt sie beträchtlich.

Mauen. Drei Tagelöhner an einem Tage. — In seinem Bett erstickte sich hier der 39 Jahre alte Gewreide- und Futtermittelhändler Georg Rupper. Mithilfe wirtschaftliche Verhältnisse sollen der Grund zu der Verweigerung sein. — G. o. s. e. g. i. e. t. aufgefunden wurde die Ehefrau Anna Edmald, desgleichen die Gattin des Lebensmittelhändlers Hartung, die auch ihren sieben Jahre alten Sohn mit in den Tod hatte nehmen wollen; bei dem Jungen waren jedoch Wiederbelebungsversuche mit Erfolg.

Staudenpflanzung im Herbst.

Bekanntes ist, daß die besten Pflanze des Gartens nicht immer diejenige ist, die im Herbst gepflanzt werden. Stauden im Herbst zu pflanzen, ist eine alte Erfahrung, die sich bewährt hat. Stauden sind als ausdauernde Gewächse des Gartens, die im Herbst überdauern und reichen Blumenfrohdecker liefern. Es ist bekannt, daß der Herbst für die Pflanzung geeignet ist, da die Stauden im Herbst und während der Wintermonate besser anwachsen als im Frühjahr, wo die Trockenperiode viel Schaden anrichten kann. Wir haben eine reiche Auswahl, von denen ich einige der Sommerzeit und Großblütiger K. C. Heilmann, Erfurt, nennen will: Malve der Siedler, Japanische Geraniene, Akelei, Hierbaer, Tausendfüßler oder Wimperflüchler, Glockenblume, die verschiedenen Marquettensorten wie Romet-Marquette, Frühlingssmarquette mit besonders großer Blüte, Heilmanns verbesserte Wiener Amaryllis, Eibisch, Edelweiss, Deutsche Schwertlilie, Japanische Nelke, ansehnliches als winterbares Hornveilchen und viele andere. Eine Staudenpflanzung sollte immer so gehalten sein, daß wir zu allen Jahreszeiten blühende Stauden haben. Nöthig ist es also, die richtige Auswahl treffen zu können, sich von einer Großblütiger wie z. B. der von C. F. Heilmann in Erfurt besetzen zu lassen. Bei der Pflanzung muß natürlich auch darauf gesehen werden, daß die Stauden in gute Erde gepflanzt werden. Eine Mischung der Kläranlage mit Torfhumus hat sich seit langer Zeit im Gartenbau bewährt und wird in der Praxis überall angewandt. Torfhumus hat die Fähigkeit, die Bodenfeuchtigkeit gut zu halten, den Pflanzen also einen angenehmen Standort zu verschaffen. Stauden können aber auch mit einem anderen Kläranlage ausreichten. Möchte die wir in einem besonders für Gartenbewässerung geeigneten Dünger, wie dem Univer als Garten-Dünger (nach Professor Wagner) geben müssen. Dieser konsentrierte Garten-Dünger, der alle Nährstoffe enthält, insbesondere Stickstoff, Phosphorsäure und Kalzium, kann bestimmten Verhältnissen zueinander, kann ebenfalls in die Pflanzen von C. F. Heilmann, Erfurt, besetzen werden. Der Dünger ist im Wasser leicht löslich und von Sommer und Winter. — Wenn ich sie noch, daß Stauden auch aus Samen gepflanzt werden können, ist eine Anleitung kommen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Zeitungsstelle zu Kemberg.

Nach dem letzten Kapitalanleihe der Bank vom 29. September 1931 hat sich die getamte Kapitalanlage der Bank um 98,8 Mill. RM erhöht. Der Umlauf an Reichsbanknoten verringerte sich um 75,7 Mill. RM auf 4178,9 Mill. RM. Die Defizite der Noten durch Gold und leistungsfähige Devisen beträgt 40,1 % gegen 40,7 % in der Vorwoche.

Die von England ausgegangene Währungsnotlage hat sich bereits in der Reichsnotlage auf eine Anzahl weiterer Länder ausgebreitet. Hinsichtlich der deutschen Währungsnotlage jedoch mit rechtlicher Deutlichkeit Währungsnotlage und Reichsbank anlässlich der Sparkassenfestung unter Hinweis auf die für Deutschland andres gearteten Voraussetzungen und Reserven betont, daß die Stabilität der Währung unbedingt gesichert ist und daß jegliche Experimente unzulässig werden. Es ist zu hoffen, daß diese ermutigenden Erklärungen die innere Kapitalmarkt fördern und zu einer nachhaltigen Beruhigung der allgemeinen Wirtschaftslage führen werden, zumal gleichzeitig Maßnahmen angekündigt und zum Teil schon in der Wege geleitet worden sind, die die Konfianzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Exportmarkt erhalten und fördern sollen.

— Da auf dem Baumarkt sowohl die Nachfrage der öffentlichen Hand als auch die private Bautätigkeit dauernd zurückgehen, hat sich die während des ganzen Jahres schon wenig befriedigende Lage der Märkte für Baustoffe in bedauerlichem Maße verschlechtert. — Der auf den Stütztag des 23. u. 24. 1931 berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes betrug 108,8 gegen 108,8 am 16. d. Mts. Am weiteren Wägang sind die Indexziffern aller Hauptgruppen beteiligt.

Am Reich des Gesundheitsamtes Mitteldeutschland veröffentlichte sich der Arbeitsmarkt gegenüber der vorhergehenden Periode in langweiliger Weise. Der Zugang an Arbeitslosen betrug rund 6000, jedoch sich die Gesamtziffer der Arbeitslosen am 15. September 1931 auf rund 390000 stellte.

Die deutschen Exportwaren lieferten sich Ende August auf 10504,88 Mill. RM gegenüber 10805,65 Mill. RM. Ende Juli. Erleichterung haben sich die Abrechnungen gegenüber dem Vor-

monat nicht unwesentlich verringert. Die Reueinzahlungen betrugen im August über 350 Mill. RM. Nach einer Bekanntmachung des Berliner Börsenvereins sind die Veranlassungen der Wertpapierbörsen bis auf weiteres aus-

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 5. Oktober.

Preise für 50 kg. Lebendgewicht in RM.

Rasse	heute	vorher	Rasse	heute	vorher
Ochsen	1	36-41	Kälber	1	50-58 50-58
	2	34-35		2	48-49 45-49
	3	—		3	43-44 40-44
	4	—		4	—
	5	—		5	—
Stullen	1	33-35	Schafe	1	39-42 34-38
	2	30-32 28-30		2	46-48 40-45
	3	25-29		3	34-38 30-33
	4	20-24		4	30-33 25-29
	5	12-15		5	25-29
Stübe	1	32-35	Schweine	1	58 — 7
	2	26-31 25-28		2	57-58 56 7
	3	22-25		3	55-57 53-55
	4	18-21		4	52-54 50-52
	5	15-18		5	50-51 43-50
Färsen	1	37-42	1	6 —	
	2	34-36	2	48-53	
	3	—	3	—	

Warenmart.

Wittagsbörsen, (Amtlich) Getreide und Mehlwaren der 1000 Kilo, Juni der 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen März. 215-218 (am 5. 10.: 217-220), Roggen März. 187-189 (189-191), Braugerste 159-173 (159 bis 173), Futter- und Anbaugetreide 151-158 (151-158), Safer März. 140-148 (140-148), Weizenmehl 27-32 (27-32), Roggenmehl 26,60-29 (26,65-29,15), Weizenkleie 10,30-10,50 (10,30-10,50), Roggenkleie 9,25-9,50 (9,25-9,50), Weizenrohrsägen 20-27 (20-27), Weizenfugen 13,20-13,40 (13,20-13,40), Weizenfugelf 6-6,10 (6-6,10), Weizenfugelf 11,20-11,70 (11,20-11,70).

Freiw. Grundstücksversteigerung.
 Sonntag nachmittag 2 Uhr werden im Gasthof Reuden ca. 45 Morgen Acker an der Reudener-Bergwitzer Straße gelegen, sowie ein neues Wohnhaus m. Garten u. 2 Morg. Acker in Reuden, desgl. mehrere Baupläne ebenfalls freihändig verkauft. Bedingungen im Termin.
 Karl Lehmann, öffentlicher Versteigerer, Kemberg.

S. A. Kemberg
 Mittwoch, den 7. Oktober, abds. 8 Uhr im Hotel „Blauer Hecht“

Maschinenöl
 Motorenöl :: :: Zentrifugenöl
 Fahrradöl :: Mähmaschinenöl
 Fussbodenöl, Mopöl
 Wagenfett, Lederfett
 Lederöl, Staufferfett
 Treibriemen- und Bohnerwachs
 Saalwachs — Talkum
 empfiehlt billigt
 J. G. Glaubig :: Kemberg

S. A. - Abend
 Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht Gäste sind herzlich willkommen.
 Braunschweig.
 Der Schatzführer.
Fullerrüben verkauft
 Richard Seher, Leipziger Str.
Runkelrüben verkauft
 Neumann :: Radtich

Sammeltassen
 Reiche Auswahl — Schöne Muster — Billige Preise
 bei
Richard Arnold, Kemberg
 Leipziger Strasse und Markt

Zöpfe Reines Naturhaar von 4,50 M. an
 Anfertigung von Zöpfen auch von ausgefärbten Haaren
Dauerwellen, 12,50 bis 15,- M.
 Wasserwellen, Kopfwaschen, Ondulieren, Haarfärben, Babikopfschneiden, Höhenschnitten, Haarschneidern, Rasieren, Parfümieren
 Alles in bester Ausführung
Fritz Meier, Wittenberg, Zurlindenstraße 12, Fernruf 2590

Hotel „Blauer Hecht“
 Am Sonntag, abends 8 1/2 Uhr
 Ein gewaltiger deutscher Grossfilm aus der Geschichte des Weltkrieges der See
Blockade
 Die geheimnisvolle Flotte.
 Ein gigantisches Filmwerk von Siegen und Sterben unserer stolzen Flotte. Schon nach einigen Wochen war der deutschen U-Flotte ein gewaltiger Erfolg beschieden. Unser Weddingen versenkte am 22. September 1914 drei der modernsten engl. Kreuzer.
 II. Ein Großfilm in 6 Akten
Verbotene Liebe
 (Pater Adelbert)

Prima frisches
Mastrindfleisch
 frische Flecke
 empfiehlt
 Richard Krausemann
Kupfernitriol
 Germisan
 Raupenleim
 Raupenleimpapier
 empfiehlt
 J. G. Glaubig
 Junge
Spannfuh
 mit Kalb
 steht zum Verkauf
 Reuden Nr. 51

Futterrübenkraut
 zum grünfüttern und ein-fäubern. Plan an der Kemberger Straße gelegen
 gibt ab
 Rich. Lehmann, Lammisdorf

Der Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten
 Freitag abends 7 1/2 Uhr im Palmbaum
Monatsversammlung
 Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht
 Der Ortsgruppenführer

Waterländ. Frauenverein vom roten Kreuz
 Die Mitglieder werden gebeten, sich mit ihren erwachsenen Angehörigen zu dem am Sonnabend, den 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im Palmbaum stattfindenden Vortrag über Zweck und Ziele des roten Kreuzes amts Gründung einer freiwilligen San.-Kol. recht zahlreich einzufinden. Die Ausbildung ist kostenlos.
 Frau Archidiatonus Schulze

Café Irmer
 Sonntag, den 11. Oktober
Ernte-Fest
 Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
 Um gütigen Zuspruch bittet
E. Irmer
 Warnen
 hiermit Unwahrheiten und Verleumdungen über meine Person zu verbreiten. Werde jeden Verleumder gerichtlich belangen.
 Frau Anna Fiedler, Zöpferstraße 15

Schützenhaus
 Sonntag, ab 7 Uhr
Großer Ball
 - Flotte Ballmusik -
 div. Ueberraschungen :: Bonbon-Regen u. s. w.
 Die Herren **Skatspieler** finden jeden Sonntag Anschluss zum Spielen und bitte ich um werten Besuch **C. Fröhnel.**

Gewerbe-Verein
 Morgen Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr bei E. Bachmann
Berufsammlung
 Der Vorstand
M.-T.-V.
 Morgen Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr im Vereinslokal Hotel Palmbaum
Zurückführung
 Der Vorstand

Verein „Eintracht“ Ateritz
 Sonntag, den 11. Okt., von nachm. 2 Uhr an
Preis Kegeln
 und von abends 7 Uhr an
Tanz-Kränzchen
 Es ladet freundlich ein
 Der Vorstand

Allen Freunden und guten Bekannten sagen wir, soweit wir das nicht persönlich tun konnten, bei unserem Weggang von Kemberg ein herzliches Lebewohl, wünschen Gottes Segen und bitten um ein freundliches Gedenken.
 Kemberg, den 6. Oktober 1931.
 Pfarrer Agmus u. Frau

Danksagung.
 Für die herzliche Teilnahme und vielen Kranzspenden beim Heimgange meines unvergesslichen Mannes sage ich allen meinen herzlichsten Dank. Ganz besonders Dank Herrn Pfarrer Lason für die trostreichen Worte am Grabe und in der Kirche, Herrn Hauptlehrer Herrig und Schulkindern für den erhebenden Gesang, dem Radfahrer-Verein Reuden und den Bergwitzer Braunkohlenwerken samt Belegschaft für die Kranzspenden und ehrenvolles Geleit. All dies hat unserm wunden Herzen wohlgetan.
 Reuden, den 5. Oktober 1931.
 Im Namen aller Hinterbliebenen
Frieda Hönicke, geb. Mehre.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Musikerische Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung dsm. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitspaltzeile oder deren Raum 15 Pfa., die halbpaltene Kleinzeile 40 Pfa., Ausnahmestellen 50 Pfa. / Für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Niederlage unentgeltlich geschildert oder durch Fernsprecher aufgeborener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 119

Donnerstag, den 8. Oktober 1931

33. Jahrg.

Die neue Notverordnung.

Der Kanzler vor dem Reichsrat. — Die parlamentarische Situation.

Man erwartet mit Spannung die angefündigte Kanzlerrede zu dem Gesamtantrag der neuen Notverordnung, über deren Umfang man sich übrigens hier und da offenbar falsche Vorstellungen macht. Vor als besonders anprüfswürdig angefündigter äußerer Umfang wird mindestens zum Teil dadurch bedingt, daß sie eine beträchtliche Reihe von Änderungen alter Notverordnungen bringen wird. Ob es freilich dabei geblieben ist, daß sie angefündigt wurde, die neue Notverordnung rein budgetären Charakter tragen soll, wird man abwarten müssen.

Wenn man auch für den Zusammentritt des Reichstags am 13. Oktober eine ausführliche Programmrede des Reichskanzlers erwartet, so ist doch vor dem Reichsrat nicht der Inhalt, sondern auch die Notwendigkeit gegeben, im Zusammenhang mit den neuen Maßnahmen der Reichsregierung auch die Gründe zu erörtern, die zu ihnen geführt haben und die Ergebnisse, die man von ihnen erwartet.

Während also voraussichtlich den Reichsministern die Aufgabe zufallen wird, in der auf die öffentliche Erklärung des Reichskanzlers vor dem Reichsrat folgenden vertraulichen Aussprache und auch in den Ausschüssen des Reichsrats die sachlichen Einzelheiten der Notverordnung zu vertreten, wird die Kanzlerrede die großen politischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte behandeln, die die gegenwärtige Situation Deutschlands und der Welt kennzeichnen, und inwiefern kommt schon dieser Regierungsumgebung vor dem Reichsrat programmatische Bedeutung zu. Im Hinblick auf den näherstehenden Termin der ersten Reichstagsung wird die parlamentarische Lage des Kabinetts besonders erörtert.

Die Frage nach dem Verbleiben des Reichsaussenministers spielt ebenfalls eine gewisse Rolle, insofern, als sich der Kampf um die Persönlichkeit des Herrn Dr. Curtius von der Basis der Auseinandersetzungen über Genf verdrängt hat nach der Seite der parlamentarischen Tragbarkeit seines Verbleibens. Auch hier dürfte dieses, wenn nicht alles auf den Reichskanzler selbst ankommen, doch ist zunächst das Ergebnis der Aussprache im Kabinett abzuwarten, die erst am Dienstag weitergeführt werden soll.

Der Inhalt der Notverordnung.

Erhöhte Reichszuschüsse für die Gemeinden. — Arbeitslosenunterstützung in Sachleistungen. — Kürzung hoher Beiträge in der Privatwirtschaft.

Berlin, 6. Oktober.

Die neue Notverordnung, die am Mittwoch in Kraft treten soll, und an Umfang nicht hinter der Verordnung vom 1. Dezember 1930 zurückgehen dürfte, wird sich in wesentlichen mit folgenden Materien befassen:

Über die Erleichterung der Wohlfahrtskassen der Gemeinden wird bestimmt, die Reichszuschüsse von 60 Millionen, die nach der Notverordnung vom Juni aus der Lohnsteuererleichterungsbeträgen gezahlt werden sollte, wird auf 150 Millionen erhöht.

Jedermann erhalten die städtischen Fürsorgeverbände drei Viertel, die ländlichen ein Viertel. Zur Unterstützung von Gemeinden in besonderen Fällen werden weitere 80 Millionen Reichsmark bereitgestellt, so daß, wie bereits bekannt, der Gesamtzuschuß des Reiches 230 Millionen erreichen wird.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung wird insofern eine einschneidende Veränderung getroffen, als der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenunterstützung anordnen kann, daß die Unterstützung bis zu einem Drittel in Sachleistungen gewährt werden darf. Die Kürzung der Unterstützungsdauer ist bereits durch Beschluß des Vorstandes der Reichsanstalt angeordnet worden. Wesentliche Einschränkungen werden an öffentlichen Ausgaben bestimmt. So dürfen bis zum 31. März 1934 Neubauten an Verwaltungsgebäuden für Zwecke der öffentlichen Verwaltung nicht in Angriff genommen werden. Ausnahmen sind nur in besonderen Fällen mit Zustimmung der Reichs- und der Landesregierung möglich.

Die Senkung der Hauszinssteuer

Seit am 1. April 1932 in Kraft treten soll, dürfte 20 bis 25 Prozent betragen. Sie soll den neuen Steuerertrag ohne Berücksichtigung der niedrigeren oder erlassenen Beträge errechnet werden. Durch die Ermäßigung soll der den Eigentümern zur Verzinsung aufgeworfener Hypotheken und des Eigenkapitals zu belastende Betrag als abgegolten gelten.

Ein umfangreicher Teil der Notverordnung wird sich mit den Vorschriften für die Siedlungswesen beschäftigen. Eine besondere Förderung sollen die landwirtschaftlichen Siedlungen, die vorläufige Siedlungswesen und

die Errichtung von Kleingärten für Erwerbslose erfahren. Die Mittel sollen dadurch aufgebracht werden, daß die Länder ab 1932 von der Reichsregierung festzusetzende Beträge aus dem Hauszinssteuerertrag an das Reich abführen und darüber hinaus Kreditmittel des Reiches in Anspruch nehmen. Zu einer schnelleren Durchführung der landwirtschaftlichen Siedlung soll in jedem einzelnen Lande ein Staatskommissar bestellt werden. Für die vorläufige Kleingärten soll ein den

Reichsarbeitsminister unterstehender Reichskommissar ernannt werden. Er hat dafür Sorge zu tragen, daß geeignete Siedlungsland, besonders durch öffentliche Körperschaften zur Verfügung gestellt wird. Entgeltung ist unter Umständen möglich. Das für die vorläufige Siedlung benötigte Land soll in der Regel ohne erhebliche Verzählungen erworben werden können. Kleinfriedhöfe, die als Friedhöfe oder Erbbauerechte angelegt sind, sollen die Möglichkeit erhalten, das Land als Eigentum zu erwerben. Zur hypothekarischen Belastung können Reichsbesitzungen übernommen werden.

Herabsetzung hoher Beiträge in der Privatwirtschaft.

Dienstverträge, die eine Vergütung vorsehen, die mit der Vermögenslage des Dienstberechtigten oder der allgemeinen Vermögenslage nicht mehr übereinstimmen können durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Dienstverpflichteten auf einen angemessenen geringeren Betrag abgeändert werden. Der Dienstverpflichtete kann gegen die Kürzung Klage erheben, ein Schiedsgericht anrufen oder das Dienstverhältnis vorzeitig kündigen. Dies alles gilt nur für Dienstverträgen oder Pensionen und sonstige Bezüge, die jährlich 15 000 Reichsmark übersteigen.

Bereinscheidung der Rechtspflege.

Weitere Bestimmungen bezuhen die Beschleunigung der Prozessführung. Revisionen in Strafakten können durch das Oberlandesgericht veranlassen werden, wenn dieses sie einräumt für offensichtlich unangebracht. Auch für das Privatverfahren ist Vereinfachung und die Möglichkeit einer Einstellung des Verfahrens durch Beschluß vorgesehen. Die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Zivilsachen wird allgemein auf 1000 Mark erhöht. Die Bestimmungen über die Bewilligung der Armenrechtserfahren aus Ersparnisgründen weitgehende Veränderung. Die Gerichtsverwaltungsgebühren werden erhöht.

Bezüglich der geplanten Sondergerichte beschränkt sich die Notverordnung auf die Ermächtigung an die Reichsregierung, zur Aburteilung bestimmter strafbarer Handlungen in Bezirken, in denen ein Bedürfnis dafür hervortritt, Sondergerichte zu bilden.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, über die Zusammenlegung der Sondergerichte, ihre Zuständigkeit und das Verfahren Vorschriften zu erlassen.

Die Bekämpfung politischer Ausschreitungen wird durch eine Reihe neuer Bestimmungen verstärkt. Herstellung, Verbreitung oder Vorratshalten illegaler Schriften kann mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der vom Verhandeln illegaler Schriften weiß und der Polizei kein Anzeige erstattet.

Ferner bringt die Verordnung eine Verschärfung der gegen die Bekämpfung des Presseverstoßes. Nach den neuen Bestimmungen kann eine periodische Zeitschrift, die unter Zustimmung des Verlegers den Verstoß einer verbotenen Druckschrift als Erlaß zur Anwendung der Folgen des Verstoßes zugeht, verboten werden. Bestrafung mit Gefängnis und Geldstrafe wird angedroht, wenn jemand eine verbotene Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet. Auch eine Verbotsmöglichkeit für „gemeinschaftliche Bildpressen“ enthält die Notverordnung.

Die Notverordnung sieht weiter vor die „Schließung

von Siedlungen. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, gegenüber der die Umwidmungs-Schuldner (Siedlungen) ausübenden Stelle für die Verzinsung und Tilgung Garantien zu übernehmen; das Land haftet dann dem Reiche gegenüber zu einem Drittel des garantierten Betrags.

Ermächtigung für Kreditüberführung.

Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, Garantien auf dem Gebiete der Kreditüberführung mit der Maßgabe zu übernehmen, daß das Reich daraus höchstens mit dreißig Millionen Reichsmark zuzüglich der von ihm vereinnahmten Rückversicherungsprämien in Anspruch genommen werden darf.

Weiter wird ermächtigt, zur Subvention der Mansfeld u. G. weitere drei Millionen bereitzustellen. Schließlich erhält er die Vollmacht, für allgemeine Finanzzwecke bis zu dreihundert Millionen im Wege des Kredits zu beschaffen.

Rücktritt des Reichskabinetts?

Curtius hat bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Berlin, 7. Oktober.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, hat am Sonnabend, den 3. Oktober, an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

In der Unterredung, die wir am Tage nach meiner Rückkehr aus Genf hatten, habe ich Ihnen erklärt, daß ich ohne Rücksicht auf die parlamentarische Lage aus der Reichsregierung ausscheiden wollte. In unserer Besprechung blieb die Frage des Zeitpunktes und der Form offen.

Ich halte es nunmehr allseits für erforderlich, über mein Ausscheiden alsbald Klarheit zu schaffen. Deshalb bitte ich Sie, bei dem Herrn Reichspräsidenten meine Entlassung zu beantragen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung.

Ihr sehr ergebener

Dr. Curtius."

Curtius beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, zum Vortrag. Im Hinblick auf den Vortrag machte Dr. Curtius dem Reichspräsidenten davon Mitteilung, daß er den Reichskanzler sein Abschiedsgesuch vorgelegt habe.

Die Umbildung der Regierung.

Alle bisher genannten Namen für die Neubildung einiger Ministerposten werden als Nominierungen bezeichnet, zu denen indes deshalb nicht Stellung genommen werden kann, weil sich der Reichskanzler persönlich die Entscheidungen vorbehalten.

Die Dinge werden sich nunmehr voraussichtlich so entwickeln, daß zunächst die Notverordnung veröffentlicht wird und daß sich dann der Reichskanzler zum Reichspräsidenten begibt, um ihm die Gesamtumfassung des Kabinetts zu überreichen. Danach wird dann der Reichskanzler mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden. Gesamttrittsritt und Neubesetzung dürfte jedoch folgen. Vielmehr ist anzunehmen, daß die Ministerpräsidenten der Länder selbst Wert darauf gelegt haben, nicht in einer öffentlichen Reichstagsung zu sprechen, sondern die Tatsachen geteilt zu werden — zumal die Notverordnung auch einschneidende Maßnahmen bezüglich der Länder und Gemeinden enthält —, sondern Gelegenheit zu haben, mit der Reichsregierung die Notverordnung noch einmal durchzusprechen.

Die Tatsache, daß entgegen der ursprünglichen Ansicht, am Dienstagvormittag keine öffentliche Reichstagsung, sondern nur eine vertrauliche Besprechung und Information mit den Mitgliedern des Reichsrats bzw. den Ministerpräsidenten und Vertretern der Länder in der Reichstagskammer stattgefunden hat, ist offensichtlich mit der geplanten Umbildung des Reichskabinetts in Verbindung gebracht worden. Diese Auslegung dürfte jedoch fehlgehen. Vielmehr ist anzunehmen, daß die Ministerpräsidenten der Länder selbst Wert darauf gelegt haben, nicht in einer öffentlichen Reichstagsung zu sprechen, sondern die Tatsachen geteilt zu werden — zumal die Notverordnung auch einschneidende Maßnahmen bezüglich der Länder und Gemeinden enthält —, sondern Gelegenheit zu haben, mit der Reichsregierung die Notverordnung noch einmal durchzusprechen.

Die Aktion des Reichskanzlers soll der Gefahr einer neuen Krise vorbeugen. Man rechnet in der Reichstagskammer offenbar damit, daß neue Männer, die bisher von der Kritik nicht so stark belästigt sind, von der Brünning-Mehrheit des Reichstags freie Hand für ihre Arbeiten erhalten werden, die man zumutend oder absehend zu ihnen Stellung nimmt. Der Zweck der Regierungsumbildung wird es also im wesentlichen sein, die bisherige Brünning-Mehrheit zum neuen Mannen zu veranlassen. Dabei kommt es dem Reichskanzler darauf an, die Erfolge der jetzigen Regierungspolitik auch in sein zweites Kabinett hinein zu retten. Das gilt vor allem auf dem Gebiete der Außenpolitik. Die Demission des Außenministers Dr. Curtius ist der allgemeinen Kabinettsbildung vorrangig. Man kann aus diesem Blickpunkt darauf schließen, daß auch schon in der letzten Zeit der Reichskanzler selbst die große Linie der Außenpolitik bestimmte, und daß Dr. Curtius, der als Vertrauensvollkommener Streifenmann vor rund zwei Jahren sein Amt antrat, seine Hauptaufgabe in der Reorganisation des Auswärtigen Amtes sah. Diese Aufgabe hat Dr. Curtius so durchgeführt, daß die Kritik an der Reorganisation und der

